

# Beiförderungszeitung

## Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. u.

Heftige Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: vierfachlich 20 Pf. ohne Zusage. — Einzelne Nummern 20 Pf. — Gerichtspreis: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeinderatskonto-Girokonto Nr. 3. — Postkonto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die lebenshohe Volkszeitung 50 Pf., außerhalb der Hauptmannschaft 75 Pf., im amtlichen Teil (nur von Behörden) die Seite 200 Pf. — Ganzseitige Anzeigen 200 Pf.

Berantwortlicher Redakteur: Paul Jähne. — Druck und Verlag: Carl Jähne in Dippoldiswalde.

Nr. 79

Mittwoch den 6. April 1921

87. Jahrgang

### Wegen der Kohlenversorgung im Jahre 1921/22

gelangen in den nächsten Tagen Fragebögen an die Hausbesitzer und Hausverwalter zur Verteilung. Diese Fragebögen sind nach der Anleitung sorgfältig und richtig auszufüllen und bis spätestens den 12. April ds. Jrs. zurückzugeben.

Dippoldiswalde, am 4. April 1921.

Der Stadtrat.

### Bekanntmachung.

Rechnungen über die bis 31. März 1921 für Schule und Gemeinde erfolgten Lieferungen und Leistungen sind des Rechnungsschlusses wegen

#### Hertliches und Schätzliches.

Ein am gestrigen Montag abend in der achten Stunde aufstrebendes Gewitter brachte zwar den so nötigen Regen, dabei aber auch einen erheblichen Temperaturabgang.

Die Paul- und Kleinenstraße geht erfreulicherweise in Sachsen immer mehr zurück. Während sie am 15. März noch in 168 Gemeinden mit 376 Gehöften bestand, trat sie am 31. März nur noch in 110 Gemeinden mit 182 Gehöften auf. — Für den Verwaltungsbereich Dippoldiswalde sind die entsprechenden Zahlen 6, 10 und 5, 5.

Stadtverordneten-Neuwahlen im November. In ganz Sachsen werden, wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, nach einem dem Landtage demnächst zugehenden Gesetz entwurf Stadtverordneten-Neuwahlen für alle Städte zu Mitte November vorgenommen werden. Alle drei Jahre soll füntig eine völlige Neuwahl der Stadtverordnetenkörper stattfinden. Im Anschluß hieran sollen dann auch regelmäßig sämtliche unbesoldeten Ratsmitglieder, Kreisausschußmitglieder und Bezirktausschußmitglieder neu gewählt werden.

Maxen. Zu einer Heldenfeier versammelte am Freitag abend der Turnverein Maxen (D. T.) seine Mitglieder. Es galt die Weihe einer Ehrentasche für die gefallenen 12 Turnerbrüder. Mit dem Lied "Morgenrot, Morgenrot, leuchtet mir zum fröhlichen Tod" wurde die Feier eingeleitet. Vorliegender 3-tägige gedachte in ehrenden Worten der gefallenen Turnerbrüder und legte seiner Rede das Aderwort: "Vergeht die leutre Toten nicht" zugrunde und weihte die Tasche den Gefallenen zum ehrenden Gedächtnis, uns Lebenden ein Panzer der Treue, der Mannhaftigkeit und der Liebe zum deutschen Vaterland und der edlen deutschen Turnerart. Mit dem Lied: "Ich hatt' einen Kameraden" wurde die Feier beendet.

Dresden. Der Vizepräsident der Landessynode, Oberhospesprediger Dr. Dibelius wird in absehbarer Zeit in den Ruhestand treten. Mit seiner Pensionierung wird auch seine Vizepräsidenschaft im Landeskonsistorium erledigt sein, da dieser Posten regelmäßig dem Oberhospesprediger zufällt. Der Nachfolger von Dibelius wird den Amtesstuhl Oberhospesprediger nicht wieder erhalten.

Ein Sonderamt für Wohlfahrtspflege ist am 18. März in Sachsen gebildet worden und will am heutigen Dienstag zu seiner ersten Sitzung zusammen. Die Amtsdauer der berufenen Mitglieder, die den verschiedenen Behörden, Vereinen und Bürgerstellen entnommen sind, ist auf 3 Jahre festgesetzt.

Der Evangelische Landesverein für Sachsen hält am Mittwoch den 13. April im kleinen Saale des Vereinshauses in Dresden, Zingendorf-Straße, vormittags 9 Uhr, eine Jahresversammlung ab. Im Mittelpunkt der Versammlung steht ein Vortrag des Nebenamts-Pfarrers, Dresden, über "Moderne Nachrichten".

Dresden. Auf die Nachricht hin, daß zur Förderung des Wohnungsbau in Sachsen in den nächsten Jahren 1921/22 ein Betrag von insgesamt 280 000 000 Mark aus Staatsmitteln, von 140 000 000 Mark aus Gemeindemitteln, zusammen also 420 000 000 Mark zur Verfügung gestellt werden sind, werden bei vielen hochgepriesenen Hoffnungen auf die Verwirklichung ihrer Vorvorhaben geweckt worden sein. Um späteren Enttäuschungen von vornherein vorzubringen, ist schon heute darauf hinzzuweisen, daß dem Ministerium des Innern — Bau- und Wohnungswesen — bereits jetzt Darlehenanträge für etwa acht mal soviel Wohnungen vorliegen, als im günstigsten Falle mit Hilfe der für 1921 und 1922 verfügbaren Mittel in diesen beiden Jahren erfüllt werden können. Gemeinden sowohl wie gemeinnützige Baugenossenschaften, Siedlungsgesellschaften und private Bauanstalten können daher nicht eindeutig genug davor gewarnt werden, sich etwa lediglich aufgrund der vorliegenden Nachricht in Unternehmungen zu führen, deren

Durchführung bis auf absehbare Zeit als völlig ausichtslos bezeichnet werden muß.

Siebenlehn. Ein Fremder, der im Restaurant "Romano" übernachtete, entfernte sich stillschweigend ohne jede Bezahlung und unter Minnahme eines Federbettes, zwei Bettüberzügen, zwei Bettlaken und zweier Kopfkissen. Von dem Dieb fehlt bisher jede Spur.

Hubertusburg. Der hiesige Gendarmeriewachtmeister Raumann war mit dem Reinigen seines Dienstrevolvers beschäftigt, als plötzlich ein Schuß losging, der ihn in den Kopf traf und seinen sofortigen Tod herbeiführte. Raumann hatte zwar das Magazin aus der Waffe entfernt, es muß aber doch ein Geschöß zurückgeblieben sein.

Zeditz bei Borna (Bzg. Leipzig). Der Privatus Päßler ist in seiner Wohnung überfallen und beraubt worden. Geraubt sind ein Sparflaschenbuch (bis dahin gelöst) mit 13 000 M. Einlage und etwa 300 M. dures Geld. Nach Angabe des Verdächtigen handelt es sich um zwei unbekannte Personen, die ihn unter der Vorstellung, es brenne bei ihm, zum Dessen der Stubenfeuer veranlaßten. Darauf sind sie sofort über ihn hergesessen, haben ihn gebunden, ins Bett geworfen, an dieses angebunden und sein Gesicht mit Taschern und Decken zugehalten, um ihn am Schreien zu verhindern.

Leipzig. Des Leipziger Soloquartett für Kirchengesang ist auf seiner gegenwärtigen Reise durch Westdeutschland während einer Autofahrt von Heiligenthal nach Weilmann Spartakisten in die Hände. Durch die Geistesgegenwart einer Familie, die die Sänger erkannte, fand das Quartett Zuflucht und Schutz vor den Augen in einem Hause, während das Auto nach Heiligenthal zurückjagen konnte. Die Aufführung in Weilmann mußte ausfallen.

Döberan. Die Stadtverordneten beschlossen eine Verdopplung des Wasserzinses. Durch eine 50prozentige Erhöhung der Wasserkarls- und Eintrittskartensteuer sollen die den Erwerbslosen bewilligten Vorschüsse aufgebracht werden, dagegen werden dafür auch die polizeilichen Strafgelder verwendet.

Annaberg. Am 30. und 31. März stand in Annaberg die Tagung des Verbandes ländlicher Kantoren und Organisten statt. Reform des Gottesdienstes behandelte Kantor Siebold-Geringswalde, indem er die Frage beantwortete: "Wie ist der Hauptgottesdienst liturgisch umzustellen?" Ein Probegottesdienst unter Mitwirkung von Pastor Blugbell—Annaberg führte die Reform-Vorschläge in der Praxis vor. Die Orgel spielte Organist Gerhard Zwiedau. Der Mittwochabend bot in der St. Annenkirche ein Konzert unter Leitung des Kantors Neumann—Annaberg.

Gölzau. Unser durch die lebte Explosion schwer beschädigtes Rathaus wird jetzt wieder hergestellt. Handwerker sind eifrig mit den Herstellungsarbeiten beschäftigt. Gleichzeitig wird eine Veränderung des Polizeiwachlokals vorgenommen, indem die Eingangstür von außen ausgeschoben und der Eingang in das Wachlokal nur noch vom Hausflur aus erfolgen kann. Hierdurch wird das Wachlokal auch etwas erweitert. Auch die schweren Stufen am Eingang des Rathauses waren aus ihrer Lage gerückt, sodass sie von Steinmännchen neu gelegt werden mußten. Das Rathaus wird jetzt auch am Eingang Tag und Nacht ständig bewacht. Jede Person muß sich ausweisen können. Während der Nacht herrscht hier jetzt peinliche Ruhe. Alle Gastlokale und Räume müssen pünktlich 1/212 Uhr von Gästen geräumt sein. Die Straßenbelichtung wird nachts in der Haupstrasse aufrecht erhalten. Auch die Bahnhofsanlage bleibt nachts erleuchtet.

Werdau. Am 10. April wird hier die neuerrichtete Eisenbahnschule, die erste ihrer Art in Sachsen, eröffnet. Ein hiesiger Kaufmann stiftete einen namhaften Betrag zum Weiteren der Schule. Für die neue Bildungsanstalt haben sich bereits circa 250 Schüler aus den Eisenbahnerkreisen Weiden und den Nachbarstationen Grimmaischau, Göhritz, Reichenbach und Reichensbach angemeldet.

bis längstens 15. ds. Mts.

hier einzurichten.

Schmiedeberg, am 2. April 1921.

Der Gemeindevorstand. Berthel.

### Jahrmarkt in Rabenau

Sonntag den 17. April und  
Montag den 18. April 1921.

Zwickau. Die Ingenieurschule hat als neuen Unterrichtsgegenstand das Feuerlöschwesen in ihren Plan aufgenommen und den städtischen Branddirektor Adam hierfür als Lehrer gewonnen.

Zittau. Bei der Verpachtung städtischer Wiesen wurde teilweise das 42fache der in der letzten Pachtperiode gezahlten Pachtpreise erzielt.

Zittau. Eine Abstimmung an die Kommunisten bedienten die Wahlen zum Betriebsrat des großen staatlichen Kohlenwerkes zu Strehla bei Zittau. Es fielen auf die Wähler der Gewerkschaften 1053, auf die der Kommunisten nur 456 Stimmen. An der Wahl beteiligten sich rund 80 Prozent der Belegschaft.

Der Segen der Kriegspatenkasse geht wiederum aus einem Werk des Heimatdienstes Zittau-Stadt hervor. 77 Kriegspaten werden in diesem verzeichnet. Alle in der Stadt Zittau geborenen bedürftigen Kinder, deren Väter gefallen oder infolge von Kriegsverletzungen gestorben sind, haben einen Kriegspaten zur Seite. Das Vermögen der Kriegspatenkasse beträgt über 12 000 Mark, es ist auf der Sparflasche angelegt.

### Letzte Nachrichten.

Verteuerung der Wochen- und Monatskarten an der Eisenbahn.

Berlin, 5. April. Der Berliner Morgenpost wird ein Erleichterungsministerium bekannt, wonach ab 1. Juni auch die Preise für die Wochen- und Monatskarten umgedreht erhöht werden sollen. Die Steigerung soll im Fernverkehr bis zu 300 % gehen.

### Überproduktion an Gefogen.

Sehr mit Recht ist seit der Revolution immer wieder über die Schnelligkeit und Produktivität geklagt worden, mit der die Geschäftsfabrikation im Gegensatz zu anderen Fabrikationen arbeitet. Die Nichtigkeit dieser Klagen wird beleuchtet dadurch, daß nach Mitteilung von sachverständiger Seite allein im Reichsarbeitsministerium nicht weniger als 50 Geschäftsfabriken bearbeitet werden.

### Im Zeichen der „Abrüstung“.

Paris, 3. April. Die amerikanische Regierung hat 235 Luftschiffe für die Armee bestellt. Sie kosten 1 1/2 Millionen Dollar. 200 dieser Luftschiffe werden als Jagdgeschwader verwandt, 35 dienen als Bombenflugzeuge.

### Bermudadreieck.

Gräfenhainichen. An der hiesigen städtischen Fortbildungsschule sind die Lehrer in den Streik getreten, da ihnen die Stadtverordneten nur einen Stundenlohn von 10 Mark zugesagt haben, während sie 12,50 Mark forderten hätten.

### Fußball-Sport.

S. V. D. II — Rabenau II 3 : 0 für S. V. D. (Verbandspiel). S. V. D. II Rabenau — Rabenau II Rabenau 1 : 0 für S. V. D. S. V. D. I Rabenau — Rabenau I Rabenau 3 : 1 für S. V. D. S. V. D. I — Voitschappel 1 2 : 0 für Voitschappel. S. V. D. I Jugend — Brandenburg III Jugend 0 : 7 für Brandenburg.

### Kirchen-Nachrichten.

1. Mittwoch den 6. April 1921.  
Dippoldiswalde. Abends 8 Uhr Bibelstunde: Pastor Moses Bärtsch. Abends 8 Uhr Bibelstunde im Diakonissenheim.

Johnsdorf. Abends 1/28 Uhr Bibelstunde.  
Abisdorf. Abends 8 Uhr religiöser Vortrag: "Von evangelischer Freiheit".

Reichenbach. Abends 8 Uhr Gründung eines christlichen Elternvereins in der "Linde".  
Donnerstag den 7. April 1921.

Dippoldiswalde. Abends 8 Uhr Männerbibelstunde in der Brauhausstr. 310 B.  
Schedelau. Abends 8 Uhr Bibelgebetstunde im Pfarrhaus.

## Nachwesen des Putsches.

**Ungarische Vorfälle im linksrheinischen Industriegebiet.**  
Während im rechtsrheinischen Industriegebiet die Schutzpolizei durch rasches und energisches Eingreifen sehr bald wieder für Ruhe und Ordnung vor den kommunistischen Unruhen sorgte, befand sich das linksrheinische Gebiet infolge der Gleichgültigkeit der Besatzungsbehörden trotz der Erklärung des Ausnahmestandes noch dauernd in Unruhe.

Die Zustände auf den einzelnen Betrieben spotteten jeder Beschreibung. Die zahlreichen Arbeitswilligen konnten infolge der Bedrohung durch die Kommunisten die Arbeit nicht aufnehmen. Die Bevölkerung war dem Terror der Kommunisten wehrlos ausgesetzt, da die Behörden keinen ausreichenden polizeilichen Schutz gewährten konnten. Große Mengen Dynamit wurden aus den Gruben geholt.

### Verschärfster Belagerungszustand in Mors.

Den Mittelpunkt der kommunistischen Unruhen bildete das Städtchen Mors am Niederrhein. Hier hielten die Kommunisten die Kohlenschächte und die großen Fabriken besetzt, drangsalierten die Arbeitswilligen und plünderten nach Herzenslust. Sonnabend wurde dann endlich von der belgischen Besatzungsbehörde der verschärftes Belagerungszustand über den Kreis Mors verfügt. Den belgischen Truppen gelang es, die Ruhe wiederherzustellen. Da die Kommunisten die Schächte nicht freiwillig räumen wollten, mußte das Militär von der Waffe Gebrauch machen. Bei den Kämpfen kamen 12 getötet und 27 verwundet. Mehrere hundert Kommunisten wurden verhaftet und auf Lastautomobilen forttransportiert.

Da die Kommunisten versuchten, ihre Genossen zu befreien, die Belgier weiter beschossen und mit Stufen beworfen, erwiderten die Belgier das Feuer. Truppeneinfällungen nach Mors sind unterwegs. Die Schächte wurden von belgischen Soldaten besetzt.

### Schärfste Maßnahmen der Belgier.

Bei der Säuberung des Ortes und der Werke haben die Belgier einen Befehl veröffentlicht, der Verhaftungsmaßregeln an die Bevölkerung erichtet und u. a. folgende Sätze enthalten:

"Sobald feindliche Haltung gegen eine Militärperson wird sofort geahndet. Häuser, aus denen geschossen wird, werden auf der Stelle in Brand gestellt. Artillerie wird Verwendung finden gegen Dörfer, Dörfer und Gebäude, in denen die Truppen in Erledigung ihres Auftrages auf Widerstand stoßen."

Durch diese schärfste Maßnahmen dürfte auch im linksrheinischen Gebiet der Terrorismus der Kommunisten bald gebrochen sein.

### Zunehmende Verbürgung in Mitteldeutschland.

In Mitteldeutschland befindet sich der Ausbruch im vollen Erscheinen. Einzelne Banden treiben noch ihr Unwesen auf dem flachen Lande, doch sind die siegenden Kolonnen der Schutzpolizei ihnen ständig auf den Fersen, so daß sie voraussichtlich in kürzester Frist unschädlich gemacht sein dürften. Im übrigen wird zwar noch verschiedene Art von Gewalttätigkeiten berichtet, doch sind diese als ein letztes Ausflackern vor dem Verlöschen anzusehen. Der Eisenbahnverkehr im Direktionsbezirk Halle ist auf den bisher gesperrten Straßen im vollen Umfang wieder aufgenommen worden. An der Eisenbahnlinie nach Köthen wurde kurz nachdem mehrfache Transporte der Schutzpolizei die Stelle passiert hatten, das Telegraphenbüro zerstört und unbrauchbar gemacht. Sämtliche Drähte wurden durchschnitten und die Elemente geraubt. In Delitzsch wurde ein Sprengversuch der Ueberführung Halle-Eilenburg unternommen. Von Polen der Sicherheitspolizei wurde die Verfolgung der Verbrecher aufgenommen, wobei es zu einem lebhaften Feuergefecht kam; doch gelang es den Verbrechern, zu entkommen. In Erfurt wurden mehrere Personen festgenommen, die Anschläge auf die Eisenbahnanlage an der Steigerstraße versucht hatten. Durch das schnelle Eingreifen der Polizei konnten weitere ähnliche Anschläge bereitgestellt werden. Die Deuna-Werke erlassen eine Bekanntmachung, aus der hervorgeht, daß im Laufe dieser Woche mit den Wiederherstellungsarbeiten und der vermutlichen Wiederaufnahme des Betriebes begonnen werden kann.

**Beziehungen zwischen Mitteldeutschland und Berlin.**  
Dass der Dynamitanschlag auf die Berliner Siegesäule nebst den übrigen Anschlägen in Berlin mit dem mitteldeutschen Aufstand zusammenhängen, war zweifelsfrei. Während aber die Berliner Polizei anfangs meinte, die Anschläge in Berlin seien von einem unmittelbar von Moskau entfandenen Russen geplant worden, erwies sich während der Vernehmungen wegen des versuchten Dynamitanabschlags auf die Siegesäule, daß wahrscheinlich der berüchtigte Höls der Leiter der Aufrührerbewegung ist. Einige Personen, die verhaftet worden waren, weil sie verdächtig erschienen, an dem Anschlag auf die Siegesäule beteiligt gewesen zu sein, haben ausgesagt, Höls sei selbst in Berlin gewesen, habe etwa zwanzig Kommunisten um sich versammelt und ihnen mitgeteilt, daß sie von der kommunistischen Zentralleitung dazu aufersehen seien, die Revolution durch Gewaltmaßnahmen in Fluss zu bringen. Höls betonte, daß nur Gewaltmaßnahmen zum Bleie führen könnten und daß die Bürgerlichkeit in Angst und Schrecken versetzt werden müsse.

### Höls in Berlin?

In der Sonnabendnacht erfolgte in der Kolonie Grünewald bei Berlin auf dem Villengrundstück des Fabrikbesitzers Schmidt eine heftige Handgranaten-Explosion, wodurch die Glasveranda stark beschädigt wurde. In der Nähe des Tatortes fand man grüne Bettel mit der Aufschrift: "Mag Höls ist da!" Eine Untersuchung wurde sofort eingeleitet. Die Reste der Handgranaten wurden im Garten aufgefunden. Von den Tätern fehlt bis jetzt jede Spur.

## Karl zögert noch.

**Diplomatische Halsentzündung.**

Der Erbprinz Karl, dessen dynastisches Schicksal

wenigstens beruhzt, durchaus sicher und unabänderlich ist, scheint selbst noch auf eine günstige Fügung zu hoffen und zögert seine Abreise aus Ungarn von Tag zu Tag hinaus. Am Sonntag stand der Salonzug für die Rückreise des Erbprinzen bereit und Ententeoffiziere waren in Steinamanger zu seiner Begleitung eingetroffen. Da wurde aus dem böhmischem Palast gemeldet, daß Karl, der sich schon seit einigen Tagen fränklich gefühlt habe, infolge Körperlicher und seelischer Anspannung schwerhaft an einer Halsentzündung erkrankt sei.

### Karls Hoffnungen.

Doch aber diese Krankheit nicht ernst zu nehmen ist und nur eine Verlängerung des Aufenthaltes in Ungarn bewirken soll, ist erstaunlich aus Neuerungen des Erbprinzen gegenüber seiner nächsten persönlichen Umgebung. Er erhofft von der nächsten Sitzung der ungarischen Nationalversammlung eine ihm günstige Wendung und wähnt sogar, daß eine Abordnung ihn feierlich nach Budapest einholen werde. Den Beschluss der Nationalversammlung deutet er dahin, daß die Versammlung nicht an sich gegen seine Thronbesteigung sei, sondern daß diese nur nicht ohne ihre Einwilligung erfolgen solle.

### Die Entente sorgt für Karls Abreise.

Die abreisefertigen Vertreter der großen und kleinen Entente, die den Erbprinzen begleiten werden, sind offenbar von der Ungefährlichkeit seiner Erkrankung überzeugt, denn die Abreise soll in kürzester Frist erfolgen, nachdem die offizielle Einreiseerlaubnis der Schweizer Regierung für den Erbprinzen angelangt und auch der übrige Teil der technischen und formalen Verhandlungen abgeschlossen worden ist. Nach diesen Abmachungen wird der Erbprinz von Vertretern des österreichischen Parlamentes, des Auswärtigen Amtes, von Beamten der Sicherheitswehr und einer Abteilung der Wehrmacht begleitet sein.

### Eine Kundgebung des Erbprinzen an die Ungarn.

Man erwartet, daß Erbprinz Karl sich bei seiner Abreise mit einem Manifest an die ungarische Nation wenden wird. Bis zur Stunde liegt bestimmt Nachricht, daß die Abreise tatsächlich schon erfolgt ist, noch nicht vor.

### Die ungarische Aristokratie.

Übereinstimmend wird aus Steinamanger gemeldet, daß zahlreiche Mitglieder der ungarischen Aristokratie zum Besuch des Erbprinzen Karl eingetroffen sind, jedoch von irgend einer Volksbewegung zu seinen Gunsten keine Spur gefunden.

### Amerikanisches Urteil über Karls Abentener.

Die amerikanischen Zeitungen betrachten das Abenteuer Karl von Habsburg als eine tief wirkende Schwäche des monarchistischen Gedankens.

## Der deutsch-amerikanische Notenwechsel.

### Washington erwartet neue deutsche Vorschläge.

Bor einige Zeit hat die deutsche Regierung auf besonderen Wunsch Amerikas ihren Standpunkt in der Entschuldigungsfrage noch einmal in einer Denkschrift ausführlich dargelegt, über deren Inhalt bisher nur ausländische Pressemedien vorliegen.

Sowohl aus einer Meldung des "Petit Parisien" ersichtlich ist, glaubt die Reichsregierung, daß es außer der Wiederherstellung in Natura nur ein Mittel gäbe, nämlich eine internationale Union. Eine internationale Finanzabmachung sei aber nur dann möglich, wenn man Deutschland von den Ketten des Versailler Friedensvertrages befreite. Um Amerika vollends von seinem guten Willen zu überzeugen, folgt die deutsche Regierung hinzu, daß Deutschland bereit ist, sich einem unparteiischen Schiedsgericht internationaler Sechserzähler zu unterwerfen. Wenn die Vereinigten Staaten dieser Anschauung beitreten, wäre Deutschland eventuell bereit, die Schulden der Alliierten an Amerika zu übernehmen.

### Die Antwort der amerikanischen Regierung.

Die Antwort der Washingtoner Regierung bewegt sich in allgemeinen Redewendungen und vermeldet peinlich jede in Einzelheiten gehende Begründung der deutschen Darlegungen. Im übrigen gibt Amerika seiner Genugtuung Ausdruck, daß Deutschland bereit sei, sich seiner Aufgabe zu entledigen und das wieder gutzumachen, wozu es moralisch verpflichtet ist (?). Deutschland müsse bis zu den Grenzen seiner Leistungsfähigkeit seinen Zahlungsverpflichtungen nachkommen. Die Note gibt ferner zu verstehen, daß Amerika mit Interesse neue Vorschläge abwarte, die Deutschland machen könnte.

### Hughes über Deutschlands Schuldenbelastnis.

Zwischen den beiden Staatssekretären Hughes der amerikanischen Presse, eine Erklärung über Deutschlands Zahlungsfähigkeit übermittelt, die von der französischen Presse vollkommen entstellt wiedergegeben wird. Nach dem den Pariser Blättern wiedergegebenen Wortlaut ist "die amerikanische Regierung der Auffassung, daß Deutschland seine moralische Verantwortung der Kriegsschuld annehmen sollte und daß es seine Verpflichtungen daraus erfüllen müsse". Diese Erklärung ist allem Anschein nach auf Drängen Böllers erfolgt, der augenblicklich in besonderem Auftrag der französischen Regierung in Amerika weilt.

Unterdessen ist die offizielle Presse-Erläuterung des amerikanischen Staatssekretärs direkt nach Deutschland übermittelt worden, und da stellt sich heraus, daß in der französischen Meldung bezeichnenderweise der wichtige Schlüsse der Erklärung, wonach „die Entschuldigungszahlungen durch ein angemessenes und gerechtes Verfahren festgesetzt werden sollen“, einfach unterschlagen ist. Daraus wird die Sinn der Erklärung völlig entfällt. Denn wenn auch die jetzige amerikanische Regierung in der Schuldfrage den Alliierten verpflichtet, so vermietet sie jedoch ausdrücklich, alle Schritte der Entente in der Entschuldigungsfrage zu billigen.

Eine Parteinahme für Deutschland wird man aber darin niemals erblicken dürfen. Amerika läßt sich auch in diesem Punkte lediglich von seinen Geschäftskontakten.

esetzen lassen. Das wird man bei der Beurteilung der amerikanischen Vermittlungsaktion niemals vergessen.

## Politische Rundschau.

— Berlin, 5. April 1921.

Der Wiederherstellungsanschluß in Paris hat ungern die deutsche Abordnung darüber, in welchem Umfang Deutschland den Schaden an nicht bedauern Grundlegendem, insbesondere Weinbergen, Obstgärten, Forsten und Recken, nach dem Friedensvertrag zu tragen hat.

Für Montag, den 4. April, war auf den Gesamttagen eine weitere Heierschicht, die erste in diesem Jahre, von der französischen Vergesellschaftung angeordnet worden.

Der Berliner Polizeipräsident hat das vor einigen Tagen angeordnete Verbot aller Versammlungen unter freiem Himmel und aller Straßendemonstrationen wieder aufgehoben,

Die Wahl des Reichspräsidenten. Der Reichspräsident hatte bekanntlich vor längerer Zeit um schleunige Übernahme der Wahl gebeten. Die Parteien des Reichstages hatten aber wegen der Ungewissheit des Schicksals des Reichs, besonders Oberschlesiens, verhindert, die Neuwahl des Reichspräsidenten bis nach der Entscheidung des Volksbundsrats über Oberschlesien zu vertagen, die vor Ende April kaum zu erwarten ist. Vor Ende Mai ist mit der Neuwahl nicht zu rechnen.

Der Entwurf einer Schlichtungsordnung ist eben nach Zustimmung des Reichskabinetts dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung zugegangen. Die Schlichtungsbehörden sollen nur dann in Tätigkeit treten dürfen, wenn eine vereinbarte Schlichtungsstelle fehlt oder das Verfahren vor ihr zu keinem Ergebnis geführt hat. Der Entwurf sieht Einigungskomitee, Landeseinigungskomitee und — an Stelle der bisherigen Schlichtungsstelle — ein selbständiges Reichseinigungskomitee vor, die je nach dem Umfang der Streitigkeiten für die Schlichtung zuständig sind. Wie der französische Regierungsentwurf enthält auch der neue Entwurf die ausdrückliche Verpflichtung, vor Beginn von Kampfmäßigungen gegen Schiedsgerichte vorgezogene, die auf Mängel des Verfahrens oder auf Rechtsverstöße geachtet werden kann. Die in der Demobilisierungsgesetz eingeführte Einschränkung der Verbindlichkeitsverfügung von Schiedsgerichten ist ebenfalls aufgehoben. An Rechtsmitteln ist die Revision gegen Schiedsgerichte vorgezogen, die auf Mängel des Verfahrens oder auf Rechtsverstöße geachtet werden kann. Die in der Demobilisierungsgesetz eingeführte Einschränkung der Verbindlichkeitsverfügung von Schiedsgerichten ist ebenfalls aufgehoben. An Rechtsmitteln ist die Revision gegen Schiedsgerichte vorgezogen, die auf Mängel des Verfahrens oder auf Rechtsverstöße geachtet werden kann. Die in der Demobilisierungsgesetz eingeführte Einschränkung der Verbindlichkeitsverfügung von Schiedsgerichten ist ebenfalls aufgehoben. An Rechtsmitteln ist die Revision gegen Schiedsgerichte vorgezogen, die auf Mängel des Verfahrens oder auf Rechtsverstöße geachtet werden kann. Die in der Demobilisierungsgesetz eingeführte Einschränkung der Verbindlichkeitsverfügung von Schiedsgerichten ist ebenfalls aufgehoben. An Rechtsmitteln ist die Revision gegen Schiedsgerichte vorgezogen, die auf Mängel des Verfahrens oder auf Rechtsverstöße geachtet werden kann. Die in der Demobilisierungsgesetz eingeführte Einschränkung der Verbindlichkeitsverfügung von Schiedsgerichten ist ebenfalls aufgehoben. An Rechtsmitteln ist die Revision gegen Schiedsgerichte vorgezogen, die auf Mängel des Verfahrens oder auf Rechtsverstöße geachtet werden kann. Die in der Demobilisierungsgesetz eingeführte Einschränkung der Verbindlichkeitsverfügung von Schiedsgerichten ist ebenfalls aufgehoben. An Rechtsmitteln ist die Revision gegen Schiedsgerichte vorgezogen, die auf Mängel des Verfahrens oder auf Rechtsverstöße geachtet werden kann. Die in der Demobilisierungsgesetz eingeführte Einschränkung der Verbindlichkeitsverfügung von Schiedsgerichten ist ebenfalls aufgehoben. An Rechtsmitteln ist die Revision gegen Schiedsgerichte vorgezogen, die auf Mängel des Verfahrens oder auf Rechtsverstöße geachtet werden kann. Die in der Demobilisierungsgesetz eingeführte Einschränkung der Verbindlichkeitsverfügung von Schiedsgerichten ist ebenfalls aufgehoben. An Rechtsmitteln ist die Revision gegen Schiedsgerichte vorgezogen, die auf Mängel des Verfahrens oder auf Rechtsverstöße geachtet werden kann. Die in der Demobilisierungsgesetz eingeführte Einschränkung der Verbindlichkeitsverfügung von Schiedsgerichten ist ebenfalls aufgehoben. An Rechtsmitteln ist die Revision gegen Schiedsgerichte vorgezogen, die auf Mängel des Verfahrens oder auf Rechtsverstöße geachtet werden kann. Die in der Demobilisierungsgesetz eingeführte Einschränkung der Verbindlichkeitsverfügung von Schiedsgerichten ist ebenfalls aufgehoben. An Rechtsmitteln ist die Revision gegen Schiedsgerichte vorgezogen, die auf Mängel des Verfahrens oder auf Rechtsverstöße geachtet werden kann. Die in der Demobilisierungsgesetz eingeführte Einschränkung der Verbindlichkeitsverfügung von Schiedsgerichten ist ebenfalls aufgehoben. An Rechtsmitteln ist die Revision gegen Schiedsgerichte vorgezogen, die auf Mängel des Verfahrens oder auf Rechtsverstöße geachtet werden kann. Die in der Demobilisierungsgesetz eingeführte Einschränkung der Verbindlichkeitsverfügung von Schiedsgerichten ist ebenfalls aufgehoben. An Rechtsmitteln ist die Revision gegen Schiedsgerichte vorgezogen, die auf Mängel des Verfahrens oder auf Rechtsverstöße geachtet werden kann. Die in der Demobilisierungsgesetz eingeführte Einschränkung der Verbindlichkeitsverfügung von Schiedsgerichten ist ebenfalls aufgehoben. An Rechtsmitteln ist die Revision gegen Schiedsgerichte vorgezogen, die auf Mängel des Verfahrens oder auf Rechtsverstöße geachtet werden kann. Die in der Demobilisierungsgesetz eingeführte Einschränkung der Verbindlichkeitsverfügung von Schiedsgerichten ist ebenfalls aufgehoben. An Rechtsmitteln ist die Revision gegen Schiedsgerichte vorgezogen, die auf Mängel des Verfahrens oder auf Rechtsverstöße geachtet werden kann. Die in der Demobilisierungsgesetz eingeführte Einschränkung der Verbindlichkeitsverfügung von Schiedsgerichten ist ebenfalls aufgehoben. An Rechtsmitteln ist die Revision gegen Schiedsgerichte vorgezogen, die auf Mängel des Verfahrens oder auf Rechtsverstöße geachtet werden kann. Die in der Demobilisierungsgesetz eingeführte Einschränkung der Verbindlichkeitsverfügung von Schiedsgerichten ist ebenfalls aufgehoben. An Rechtsmitteln ist die Revision gegen Schiedsgerichte vorgezogen, die auf Mängel des Verfahrens oder auf Rechtsverstöße geachtet werden kann. Die in der Demobilisierungsgesetz eingeführte Einschränkung der Verbindlichkeitsverfügung von Schiedsgerichten ist ebenfalls aufgehoben. An Rechtsmitteln ist die Revision gegen Schiedsgerichte vorgezogen, die auf Mängel des Verfahrens oder auf Rechtsverstöße geachtet werden kann. Die in der Demobilisierungsgesetz eingeführte Einschränkung der Verbindlichkeitsverfügung von Schiedsgerichten ist ebenfalls aufgehoben. An Rechtsmitteln ist die Revision gegen Schiedsgerichte vorgezogen, die auf Mängel des Verfahrens oder auf Rechtsverstöße geachtet werden kann. Die in der Demobilisierungsgesetz eingeführte Einschränkung der Verbindlichkeitsverfügung von Schiedsgerichten ist ebenfalls aufgehoben. An Rechtsmitteln ist die Revision gegen Schiedsgerichte vorgezogen, die auf Mängel des Verfahrens oder auf Rechtsverstöße geachtet werden kann. Die in der Demobilisierungsgesetz eingeführte Einschränkung der Verbindlichkeitsverfügung von Schiedsgerichten ist ebenfalls aufgehoben. An Rechtsmitteln ist die Revision gegen Schiedsgerichte vorgezogen, die auf Mängel des Verfahrens oder auf Rechtsverstöße geachtet werden kann. Die in der Demobilisierungsgesetz eingeführte Einschränkung der Verbindlichkeitsverfügung von Schiedsgerichten ist ebenfalls aufgehoben. An Rechtsmitteln ist die Revision gegen Schiedsgerichte vorgezogen, die auf Mängel des Verfahrens oder auf Rechtsverstöße geachtet werden kann. Die in der Demobilisierungsgesetz eingeführte Einschränkung der Verbindlichkeitsverfügung von Schiedsgerichten ist ebenfalls aufgehoben. An Rechtsmitteln ist die Revision gegen Schiedsgerichte vorgezogen, die auf Mängel des Verfahrens oder auf Rechtsverstöße geachtet werden kann. Die in der Demobilisierungsgesetz eingeführte Einschränkung der Verbindlichkeitsverfügung von Schiedsgerichten ist ebenfalls aufgehoben. An Rechtsmitteln ist die Revision gegen Schiedsgerichte vorgezogen, die auf Mängel des Verfahrens oder auf Rechtsverstöße geachtet werden kann. Die in der Demobilisierungsgesetz eingeführte Einschränkung der Verbindlichkeitsverfügung von Schiedsgerichten ist ebenfalls aufgehoben. An Rechtsmitteln ist die Revision gegen Schiedsgerichte vorgezogen, die auf Mängel des Verfahrens oder auf Rechtsverstöße geachtet werden kann. Die in der Demobilisierungsgesetz eingeführte Einschränkung der Verbindlichkeitsverfügung von Schiedsgerichten ist ebenfalls aufgehoben. An Rechtsmitteln ist die Revision gegen Schiedsgerichte vorgezogen, die auf Mängel des Verfahrens oder auf Rechtsverstöße geachtet werden kann. Die in der Demobilisierungsgesetz eingeführte Einschränkung der Verbindlichkeitsverfügung von Schiedsgerichten ist ebenfalls aufgehoben. An Rechtsmitteln ist die Revision gegen Schiedsgerichte vorgezogen, die auf Mängel des Verfahrens oder auf Rechtsverstöße geachtet werden kann. Die in der Demobilisierungsgesetz eingeführte Einschränkung der Verbindlichkeitsverfügung von Schiedsgerichten ist ebenfalls aufgehoben. An Rechtsmitteln ist die Revision gegen Schiedsgerichte vorgezogen, die auf Mängel des Verfahrens oder auf Rechtsverstöße geachtet werden kann. Die in der Demobilisierungsgesetz eingeführte Einschränkung der Verbindlichkeitsverfügung von Schiedsgerichten ist ebenfalls aufgehoben. An Rechtsmitteln ist die Revision gegen Schiedsgerichte vorgezogen, die auf Mängel des Verfahrens oder auf Rechtsverstöße geachtet werden kann. Die in der Demobilisierungsgesetz eingeführte Einschränkung der Verbindlichkeitsverfügung von Schiedsgerichten ist ebenfalls aufgehoben. An Rechtsmitteln ist die Revision gegen Schiedsgerichte vorgezogen, die auf Mängel des Verfahrens oder auf Rechtsverstöße geachtet werden kann. Die in der Demobilisierungsgesetz eingeführte Einschränkung der Verbindlichkeitsverfügung von Schiedsgerichten ist ebenfalls aufgehoben. An Rechtsmitteln ist die Revision gegen Schiedsgerichte vorgezogen, die auf Mängel des Verfahrens oder auf Rechtsverstöße geachtet werden kann. Die in der Demobilisierungsgesetz eingeführte Einschränkung der Verbindlichkeitsverfügung von Schiedsgerichten ist ebenfalls aufgehoben. An Rechtsmitteln ist die Revision gegen Schiedsgerichte vorgezogen, die auf Mängel des Verfahrens oder auf Rechtsverstöße geachtet werden kann. Die in der Demobilisierungsgesetz eingeführte Einschränkung der Verbindlichkeitsverfügung von Schiedsgerichten ist ebenfalls auf

Musiktheater zu urteilen hat, wird seine Sitzungen im alten Gerichtsgebäude in Halle stattfinden lassen. Um gegen etwaige Angriffe auf den Gerichtshof gerüstet zu sein, sind alle Zugänge zu dem Gebäude, das von einem starken Polizeiaufgebot bewacht wird, durch Stacheldrahtverhau abgesperrt worden. Der Wagenverkehr in den umliegenden Straßen ist verboten.

## Rundschau im Auslande.

Der schwedische Sozialistensührer Branting fordert zu Menschenrechten gegen Bolschewismus und Entente-Kapitalismus auf.

Der polnische Ministerrat hat beschlossen, besondere Missionen nach Paris, London und Rom zu entsenden, um die Alliierten wegen Übersehungen in politischem Sinne "aufzuhüpfen". Nach Paris wird Korsanty entsandt.

In Manchester hat eine Brandstiftungskampagne begonnen. Am Sonnabend früh wurden gleichzeitig sechs Hotels und Kinoshäuser in Brand gestellt. Ein Polizist wurde erschossen.

Im Lissabon wurde ein Putschplan der portugiesischen Monarchisten aufgedeckt, der von den Behörden mit der Behaftung einiger führender Monarchisten beantwortet wurde.

Die amerikanische Regierung hat das Höchstgewicht der Postkarten mit der Bestimmung nach Deutschland von 11 auf 22 Pfund erhöht.

### England: Über drei Millionen Arbeitslose

Der englische Bergarbeiterstreit zieht immer weitere Kreise. Augenblicklich gibt es bereits über drei Millionen Arbeitslose. Wenn der Streik nur noch kurze Zeit andauert, werden die Scharen der Arbeitslosen um weitere Millionen vermehrt werden. Die Regierung hat das Unterhaus einberufen, das sich sofort mit dem Generalstreik der Kohlengruben beschäftigen und alle Vermittlungsmöglichkeiten prüfen soll, um die Generalstreisgefahr abzuwenden. Das Schlimmste ist nämlich der drohende Schmiedeherrschaft der Eisenbahner und Transportarbeiter, der schon fast sicher ist. Die Arbeiter Englands sind der Auffassung, daß, wenn die Kohlenarbeiter unterliegen, der Kohnabbau für alle Arbeiterkategorien nicht mehr ausreichen sei. Deshalb wollen sie diesen den Kampf ausfohlen. So wollen auch die Automobilarbeiter streiken, wenn die Regierung versuchen sollte, einen Lebensmittelnotstand mit England einzurichten. Zahlreiche englische Gruppen sind bereits erschossen.

Griechenland: Der türkisch-griechische Krieg in Kleinasien.

Die griechische Offensive ist bei der Stadt Edessa, wo die Osmanen verdeckte lagen und über starke Artillerie und bedeutende Munitionsvorräte verfügten, zum Stillstand gekommen. Sämtliche griechischen Angriffe sind von den Türken zurückgeschlagen worden. Anschließend sind die türkischen Truppen zur Gegenoffensive übergegangen und haben die griechische Armee zum Rückzug gezwungen. Die Griechen haben zahlreiches Material verloren und stehen auf dem Rückzug alle Dörfer in Brand.

### Ultimatum der kleinen Entente an Ungarn.

Rumänien, Südmännen und die Tschechoslowakei haben auf Antrag des leitenden Staates an die ungarische Regierung ein mit 48 Stunden befristetes Ultimatum gerichtet, in dem eine endgültige Regelung der habsburgerfrage und dauernde Sicherheiten verlangt werden. Die tschechoslowakischen und südmährischen Militärbehörden haben das Ultimatum vorbereitet. Wenn bis Donnerstag das Ultimatum des Königs Karl nicht endgültig beendet sein wird, dann sollen die ersten Maßnahmen angewandt werden.

### Tschechoslowakische Demonstration gegen Ungarn.

Da Kaiser Karl bisher Steinamanger nicht verlassen hat, werden an der ungarischen Grenze tschechoslowakische Truppen konzentriert, um eine militärische Demonstration gegen Ungarn durchzuführen. Auf den künftigen Eisenbahnlinien, die von der Tschechoslowakei nach Ungarn führen, ist bereits Sonnabend nach der Verkehr eingestellt worden.

## Soziales.

Die Lohnfrage der Bergbauangestellten im Ruhrgebiet. Zur Besprechung der durch die Kündigung des Lebendichtabkommen im Bergbau eingetreteten Herabsetzung des Einkommens der Bergbauangestellten fand in Essen eine Konferenz der Bergbauangestellten im Zentralverband der Angestellten statt. Nach eingehenden Beratungen wurde beschlossen, gemeinsam mit dem Verband Kaufmännischer Grubenbeamten, dem Gesamtverband der deutschen Angestelltenverwaltungen und dem Gewerkschaftsbund der Angestellten am 8. April eine neue Konferenz abzuhalten, in der die endgültige Stellungnahme festgelegt werden soll.

## Aus Stadt und Land.

28 Millionen Kronen im Spiel verloren. Vor einiger Zeit hatte der minderjährige Sohn eines Großindustriellen Fritz Lederer in Wien bei einer Partie mit einem Grafen Salm, einem ehemaligen Offizier Julius von Szembö und einer gewissen Elisabeth Drapal im Verlauf von nur zwei Stunden die hohe Summe von nicht weniger als 28 Millionen Kronen verloren. Um den unerfahrenen jungen Mann über den wahren Verlust hinwegzutäuschen, pflanzte man in Minaren oder Franken, deren Kurs bedeutend niedriger angegeben wurde, als er in Wirklichkeit stand. Die Sache kam zur Kenntnis der Behörde, die annahm, daß Lederer im Falschspiel betrogen worden sei. Szembö wurde verhaftet, gegen eine Million Kronen aber auf freiem Fuß belassen. Der Beweis des Falschspiels konnte nicht erbracht werden, dagegen wurden alle Teilnehmer der Partie zu strengen Strafen verurteilt. Szembö wurde zu einem Monat strengen Arrest und einer Geldstrafe von 200 000 Kronen, Graf Salm zu 14 Tagen Arrest und 100 000 Kronen und Elisabeth Drapal zu sieben Tagen strengen Arrest und 50 000 Kronen verurteilt. Auch der junge Lederer erhielt 14 Tage strengen Arrest und 100 000 Kronen Geldstrafe. Außerdem wurden sämtliche Angeklagte aus Deutschösterreich ausgewiesen. Begründet wurde die Ausweisung damit, daß man in Wien keine Migranten brauche, die sich in Vergernis erregender Weise aufzuhalten.

4000 Kriegsflüchtlinge nach Schweden. Etwa 4000 Kriegsflüchtlinge werden im bevorstehenden Sommer in Schweden untergebracht werden. Die meisten von diesen Kindern sind solche, die bereits in Schweden waren und nun wieder eingeladen sind. Die Hälfte sind deutsche, die andere Hälfte österreichische Kinder.

Die Förderung der französischen Provinz. Aus dem in den französischen Zeitungen vorliegenden Ergebnis der Volkszählung geht hervor, daß einzelne Städte wie Lyon, Dijon und Nizza während des Krieges infolge des Zuganges von außen zugewonnen haben, daß aber die Bevölkerung in der Provinz ziemlich stark zurückgegangen ist und zwar im allgemeinen um 10 Prozent.

Nebenfeuerbrunst auf den Philippinen. In Manila (Philippinen) hat ein großer Brand gewütet, der 15 000 Personen obdachlos gemacht hat. Im Ein geborenenviertel brannten 2000 Wohnungen nieder. Die Verluste an Menschenleben sind glücklicherweise gering.

Handgranatenanschlag in Oberschlesien. Der Polterterror im Kreise Rybnik dauert unverändert fort. Wie die "Sächsische Zeitung" berichtet, wurden in Ruptau bei Rybnik dem Förster Lange mehrere Handgranaten in Kirche und Keller geworfen. Das bei dem Förster beschäftigte Dienstmädchen erlitt Verletzungen am Auge, Oberarm und Oberschenkel, die Tochter des Försters an der Brust und Hand. Den Förster fand man im Keller mit herausgequollenem Gehirn vor. Nachdem die Banditen die Handgranaten geworfen hatten, drangen sie in die Wohnung ein und räubten Geld, Gewehre, Wäsche usw.

Die Sammlung für die deutsche Kindehilfe, die am 31. März ihren Abschluß fand, hat etwa 50 Millionen eingebracht, davon wurden nahezu 10 Millionen in Berlin gesammelt. Hierzu kommt eine Spende der deutschen Schokoladendustrie, die unter ihren Mitgliedsfirmen eine Umlage veranstaltete und 175 000 Kilogramm gesuchtes Schokoladenpulpa im Wert von etwa 6 300 000 Mark zur Verfügung gestellt hat. Ungefähr die gleiche Menge ist bisher aus Amerika durch das Rose Kreuz, die Quäker und andere Stellen nach Deutschland gelangt und verteilt worden.

Drei Sicherheitspolizisten durch eine Handgranate getötet. Während der Belagerung der drei am Östermontag gefallenen Schuhpolizeiwachmeister ereignete sich auf dem Hof des Polizeipräsidiums in Essen ein schwerer Unglücksfall. Beim Besteigen des Wagens durch Mannschaften platzte eine Handgranate, durch die drei Männer getötet und elf schwer oder leicht verletzt wurden.

Verheerende Waldbrände in Mitteldeutschland. Mehrere Waldbrände haben in Mitteldeutschland großen Schaden angerichtet. So entstanden solche Brände bei Roda in Sachsen-Anhalt, bei Rands und bei Lobenstein. Mehrere Hektar mit vieljährigem Baumbestand sind vernichtet worden.

Frau und Kinder mit dem Veil gemordet. In Rheinbach bei Bonn hat der Webgerbeiter Hoernig seine Frau, seine beiden 19 und 7 Jahre alten Kinder und seinen vierzehnjährigen Sohn, während sie schliefen, mit dem Veil erschlagen. Er ist flüchtig. Die Beweggründe zur Tat sind unbekannt. — Die 65-jährige Stellmacherin Ernestine Beck aus Hohendorf ist von dem Schuhgericht in Bautzen wegen Gattenstochters zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Die Beck hatte in der Nacht zum 18. August v. J. ihren 76 Jahre alten Ehemann, mit dem sie 40 Jahre lang verheiratet war, im Bett erschossen, ancheinend um vorzeitig in den Besitz der Erbschaft zu gelangen.

Verheerende Podenepidemie in Polen. Die schwarzen Pocken, die vor zwei Monaten aus Kongresspolen in Polen eingeschleppt wurden, und epidemic ausgebrochen sind, wüteten nach wie vor und fordern immer neue Todesopfer. Die bisherigen Maßnahmen der polnischen Behörden zur Bekämpfung der Epidemie: freiwillige Impfung auf Kosten der Stadt, Zwangsimpfung der Säuglinge und alter Schulkinder, haben ihren Zweck nicht erreicht. Infolgedessen hat jetzt endlich der stellvertretende Leiter der Staatspolizei für die Zeit unmittelbar nach Ostern die Zwangs impfung der gesamten Einwohnerschaft Polens auf Staatskosten angeordnet.

Hungernot in China. Nach Neutermeldungen aus Peking werden die Provinzen Honan, Shensi und Chihli durch eine Hungersnot heimgesucht. In Shensi allein sind 50 000 Einwohner an Entbehrungen gestorben. In Honan herrscht eine Typhus-Epidemie; in Chihli ist die Dungenpest aufgetreten.

### Meine Nachrichten.

In Berlin gibt es zurzeit 120 000 eingetrogene Wohnungsuchende.

Einer der im Bau befindlichen großen 12 000-Tonnen-Schiffen der Hamburg-Amerika-Linie wird den Namen "Württemberg" erhalten.

## Spiken.

Carsten von Paul Rosen.

(45. Fortsetzung.)

Zont freute sich aufrichtig, die alte gute Freunde einmal wiederzusehen und die unverlässliche Sprache der Heimat wieder zu hören. War auch in ihrer Wohnung nur wenig Raum, vor der Hand mußte Rose doch ohne Widerrede bei ihr bleiben. Später würde sie ihrer Freundin schon dabei behilflich sein, in der Nähe ein billiges Unterkommen zu finden.

Rose war ganz damit einverstanden. Sie war wohlglücklich bei dem Greiflers in Margareten, es fehlte ihr an nichts, und sie amüsierte sich sehr gut; denn in der Gesellschaft ihrer Freunde lernte sie auch viele Veränderungen der lebensfröhlichen und schönen Stadt kennen; aber sie war doch eine zu vernünftige Person, um sich nicht sagen zu müssen, daß dieses zwecklose Leben nicht von allzu langer Dauer sein dürfe.

Zu diesem Sinne sprach sie auch mit ihrer verständnisvollen Freundin, und diese befürgte ihr nun, wie sie es versprochen hatte, ein billiges Unterkommen. Rose hatte ein hübsches Stäbchen, in dem sie tun und lassen konnte, was sie wollte, und wurde von der Wirtin bestätigt.

Rose in ihre eigene Wohnung übersiedelte, sagte sie zu Toni: „In dem Täschchen, das ich dir bei meiner Ankunft gegeben habe, sind wertvolle Sachen für mich: ein wenig Schmuck, mein Sparfassendbuch, besonders aber Briefe von meinem früheren Freunde, die mir vielleicht noch einmal nützen können; dann auch die Bibel von meiner Mutter und vergleichbar. Ich möchte das Täschchen nicht in eine fremde Wohnung mitnehmen. Bei dir weiß ich es gut aufgehoben. Gebe es mir auf und wahre es wie deinen Augapfel! Es ist mir das Liebste, was ich habe. Willst du es gut und sicher verwahren?“

„Du fannst dich fest darauf verlassen!“

Rose war vollkommen beruhigt. Die Hubertusigkeit und Ehrlichkeit ihrer Freundin hatte sie überzeugt.

Wenige Wochen, nachdem Rose ihre vollkommenen

Unabhängigkeit und die Freiheit ihrer Bewegungen wiedererlangt hatte, knüpfte sich zwischen ihr und ihrem Herrn, den sie im Theater an der Wien kennengelernt hatte, ein neues Verhältnis an.

Der Herr, der sich Baron Ernst von Stosch nannte, sah zwar aus wie ein Ungar oder Kroat — es war ein langer, hagerer, schmalbürtiger Mann mit tiefbrauner Gesichtsfarbe und einem starken, glänzend schwarzen Schnurrbart — aber er war, wie Rose nach dem ersten Worte hörte, ein norddeutscher Landsmann. Die Gemeinsamkeit der Landsmannschaft beeindruckte die Annäherung.

Die beiden hatten aber noch eine andere Gemeinsamkeit, von der sie beide nichts wußten: Freiherr Gunther von Sazza kam wie Rose aus dem Gefängnis.

Er hatte erst vor wenigen Tagen seine Strafe abgesessen und war von Pöhlensee mit einem nur wenigen Stunden währenden Aufenthalte in Berlin, während dessen er seine sieben Sachen zusammen gepackt hatte, direkt nach Wien gefahren. Er hatte noch etwas Geld und war nicht in Verlegenheit um Beschaffung weiterer Mittel. Er hatte sich in einem guten Hotel eingerichtet und war da mit der Sicherheit eines vornehmen Mannes aufgetreten.

Am Abend nach der Begegnung mit Rose bestellte er für seine Nichte, die er morgen von der Bahn abholen werde, ein Zimmer neben dem seinigen, und am anderen Tage fuhr er in der Tat in einem Hotel mit dieser Nichte vor dem Hotel vor. Auf dem Meldetext schrieb der Baron: Baroness von Stosch auf Stosch bei Mörungen.

Und der Baron nahm sich ihrer wirklich an und erwies ihr erste Dienste, für die sie das vollste Verständnis besaß. Der Baron hatte zu dem frischen, ausgewachsenen Mädchen, das mit großer Gutmäßigkeit einen derben Blüterwitz verband, eine mehr als oberflächliche Zuneigung gesetzt. Rose war aufgewachsen wie das Unkraut. Sie war vollkommen ungezogen. Sie sprach, wie ihr der Schnabel gewachsen war, und der Schnabel war ihr mitunter nicht hübsch gewachsen; dabei oft sehr laut, um den Beifall der Nachbarn zu gewinnen. Sie lachte unbändig. Sie gestifftete unmäßig. Sie aß in begeistrigender Weise, mit dem Mund,

Auf alle diese und andere Unarten machte sie der Baron nach und nach in freundlicher Weise aufmerksam. Und Rose sah sofort ein, daß der Bertolt berechtigt war. Sie beobachtete sich aufmerksam und hatte selbst Freude an den fetigen Fortschritten, die sie an sich wahrnahm. Sie verdankte ihrem geduldigen Lehrmeister viel, und die Gelehrigkeit seiner schnell fassenden und gewandten Schülerin machte auch ihm Spaß.

In den ersten Monaten hatte er die Wochentrennung pünktlich gezahlt und durch reichliche Trinkgelder sich bei dem Dienstpersonal einen guten Ruf gemacht. In jüngster Zeit war er wohl etwas knapper bei Kasse. Die letzten drei Wochen trugen waren unquittiert auf dem Marmortisch unter dem Spiegel liegen geblieben. Und der Baron war mitunter sehr verstimmt und schien beunruhigt zu sein.

Er hatte dazu allerdings einige Veranlassung. Er hatte mit einem Wiener Geschäftsrivalen der französischen Firma Sparber u. von Sazza einige Spekulationen unternommen, die zunächst gewinnbringend gewesen waren. Den Gewinn hatte er auch eingezogen. Jetzt waren Verluste damit verknüpft, und nun machte der Baron Schwierigkeiten, die den Geschäftsrivalen in nicht geringe Angst regten.

Zu dieser unbehaglichen Stimmung kamen noch weitere geschäftliche Verlegenheiten, die sich in den letzten Tagen immer mehr angesagt hatten.

Eines Vormittags ließ sich ein Herr bei ihm melden, der ihm augenscheinlich nicht gelegen kam, den er aber doch wohl empfangen mußte. Er schickte Rose in ihr Zimmer und schob den Riegel vor. Rose war neugierig und legte das Ohr ans Schloßloch. Sie konnte aber den Inhalt der Unterredung nicht verstehen. Sie hörte nur, daß der fremde Herr sehr groß wurde, das Wort „Schwindler“ gebrauchte, und daß der Baron alles aufbot, um ihn zu bestmöglich. Das gelang ihm schließlich auch, und der Herr verließ nach einer kleinen halben Stunde das Zimmer.

Als der Baron Rose wieder zu sich gerufen hatte, sagte er für sich, doch so, daß Rose es hören mußte: „Was man sich um einer guten Sache willen alles gefallen lassen muß — es ist unglaublich!“

„Ich bin verstimmt,“ fuhr er fort, „das Wetter ist schön; wie wär's, wenn wir einen kleinen Ausflug machen, nach dem Semmering oben sonst wohnen? Wir nehmen in einer Handtasche nur das Allernotwendigste mit, morgen abend sind wir wieder hier.“

Rose war natürlich einverstanden. Die paar Sachen für den Ausflug auf vierundzwanzig Stunden waren im Nu gepackt. Er rief den Kellner, erfuhr von diesem, daß der Zug nach dem Semmering in einer halben Stunde Wien verließ, ließ einen Koffer vorfahren, die Handtasche hinunterbringen und sagte dem Portier „für alle Fälle“, daß er morgen abend wieder in Wien sein werde.

Gest mehreren Stunden fuhren die beiden im Coupe. Die Fahrt wurde Rosen etwas lang. Sie hatte gar nicht gedacht, daß der Semmering so weit entfernt von Wien liege. Und es verging noch eine Stunde und noch eine. Es wurde schon schummerig.

(Fortsetzung folgt.)

## Wortliches.

Dippoldiswalde. Am gestrigen Tage begann an unserer Bürgerschule der Unterricht im neuen Schuljahr. Um Mitternacht waren Herr Johannes Stein aus Dresden als Vater und die Schulsanitäterin Fr. Katharina Kiefer, Tochter des Herrn Gewerbe-Schulrats Stadtrat Ingenieur Kiefer, vorgebildet auf dem Lehrzimmers-Seminar Dresden, in den Winter eingewiesen und verpflichtet. Fr. Kiefer hat den Unterricht in Räumen 6a und 7b übernommen, Herr Stein verfüllt die durch Weggang des Herrn Lehrer Michael freigewordene Lehrstelle.

— Mit Beginn des neuen Schuljahres haben Herr Diplom-Handelslehrer Harder, bisher an der handelsmännischen Schule der Handelskammer Görlitz, und Herr Lehrer Bruno Michael ihre Tätigkeit an der hiesigen Handels- und Gewerbeschule aufgenommen. Nach ihrem Abschluß zu erfolgenden Verpflichtung werden sie in ihre Amtsstelle eingewiesen werden.

— Am heutigen Dienstag wurden 86 Österlinge, 37 Knaben und 49 Mädchen, an unserer Bürgerschule aufgenommen.

## Bezirkstag der Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde.

Um 4 d. V. stand in Anwesenheit der Herren Kreishauptmann Dr. Krug v. Ribba und v. Gallenstein und Amtshauptmann v. d. Planitz unter dem Vorstehe der Herren Bürgermeister Södh-Frauenstein bez. Sieber-Geising der erste diesjährige Bezirkstag statt.

Der hllv. Vorsitzende Herr Bürgermeister Södh eröffnete die Versammlung, begrüßte die Erwachsenen, insbesondere den Herrn Kreishauptmann unter Danckes-Ausstattung für sein Er scheinen und das dadurch dem Bezirk und seiner Tätigkeit erneut befandene Interesse. Nach Feststellung der ordnungsmäßigen Einberufung und der Geschäftsfähigkeit der von 38 Mitgliedern und einem Beiratsausschuß-Mitglied besuchten Versammlung (zwei Mitglieder fehlten entschuldigt) wurde in die Beratung der aus 13 Punkten bestehenden Tagesordnung eingetreten. Als Vorsitzender der Bezirkssitzung wurde an Stelle des aus dem Bezirk verzeigten Herrn Bürgermeisters Dr. Hornig Herr Bürgermeister Sieber-Geising einstimmig durch Innus gewählt. Dieser erklärte sich zur Annahme der Wahl bereit und übernahm mit Worten des Dankes für diese den Vorstg. Die Rechnungen auf das Rechnungsjahr 1919/20 über das Bezirksvorwerken, die Bezirkssitzungen und über das Wettinamt wurden einstimmig richtig gesprochen unter dem Ausdruck des Dankes an die Rechnungsprüfer (die Herren Bürgermeister Södh und Gewerkschaftssekretär Schubert) für ihre mühevolle und gewissenhafte Arbeit und unter Enthaltung der Rassen- und Rechnungsführer. Bei Beratung der Richtigkeitserklärung über die Bezirkssatzrechnung wurde überdies seitens des Herrn Berichterstatters dem Herrn Amtshauptmann für die von ihm zum Vorteile des Bezirks außerordentlich gut durchgeführten wirtschaftlichen Maßnahmen herzlich gedankt. Die für das Rechnungsjahr 1921/22 aufgestellten Haushaltspläne für das Wettinamt und für die Verwaltung des Bezirksvorwerks einschl. des Haushaltspfands für den Wollfahrtspflegebezirk Dippoldiswalde-Land, letzterer unter Ausschluß der Vertreter der zum Wohlfahrtspflegebezirk Dippoldiswalde-Stadt gehörigen Orte, wurden an der Hand näherer Erklärungen seitens des Herrn Amtshauptmanns gegen 1 Stimme, die sich jedoch nur gegen die Erhöhung der Einkommenssteuer richtete, festgesetzt. Insbesondere stimmte dem Bezirkstag der Erhöhung der zeitigeren Verpflegungssteuer im Wettinamt (von 2,50 M. auf 5.—M.) der Inzahlung eines Hunderts des Ertrages der Einkommenssteuer vor jetzt ab an die Rassenverwaltung genannten Stifts zu und nahm die vom Bezirkshauswach vorgeschlagene Erhöhung der Einkommenssteuer um 50% gegen 1 Stimme an. Weiterhin erfolgte die Wiederwahl der Herren Bürgermeister Södh-Frauenstein und Gewerkschaftssekretär Schubert-Dippoldiswalde zu Rechnungsprüfern für das Rechnungsjahr 1920/21 und die Wahl von Beraternsmännern in die Ausschüsse zur Erwähnung der Gerichtsschäden und Vorschlagung der Geschworenen auf 1921. Hierbei wurde den von den von einigen Vertretern geäußerten Wünschen nach stärkerer Bevolligung der Arbeiterschaft in diesen Ausschüssen Rechnung getragen. Sodann stimmte der Bezirkstag der Einführung einer Jagdpachtsteuer (15% der Pachtsumme) und der hierfür wie auch der für die Erhebung einer Grundsteuer innerhalb der selbständigen Gutsbezirke aufgestellten Ordnung zu; ebenso wurde gegen die Schzung über die Anstellungen, Besoldungs- und Rechteverhältnisse der Beamten und Beamtenanwärter des Bezirksverbundes Dippoldiswalde nach Vornahme einer kleinen Abstimmung keinelei Bedenken erhoben.

Nachdem schließlich noch eine Abstimmung der Bezirkssitzungen zwischen den Amtshauptmannschaften Pirna und Dippoldiswalde infolge der Vereinigung der im Bezirk der Amtshauptmannschaft gelagerten exklusiven Grundstücke des Rittergutes Liebstadt mit der Stadt Liebstadt gegen eine einmalige Abfindungssumme beschlossen worden war, wurde der Bezirkstag 3½ Uhr nachmittags geschlossen.

## Das große Defizit.

Berlin, 4. April. Das Defizit des Reichs im abgelaufenen Finanzjahr 1920/21 wird auf 16 Milliarden Mark geschätzt.

## Gemeindeverbands-Spar- und Giroskasse Reinhardtsgrima.

Wochter Expeditionstag: Mittwoch den 6. April nachm. 2—5 Uhr.

**Frischer Cabljau**  
Fischheringe, pr. Kieler Sprotten, feinste  
Büdinge, Bratheringe, Delphine  
frisch eingetroffen. Schlechters Filialeitung, Tel. 163.

Bei unverzichtbarer Rasse ist infolge Wegganges des bisherigen Inhabers die Stelle eines

## 2. Beamten

zum 1. Mai d. J. neu zu besetzen.

Bewerber wollen Nachfrage schriftlich bis 11. April an den unterzeichneten Postbeamten richten. Beizufügen sind ein vom Bewerber selbst gekürztes Lebenslauf, letztes Schulabschlußzeugnis, Bekleidungen über Leistungen und Führung in früheren Dienststellungen, ein ärztliches Gesundheitszeugnis, sowie die Sicherung, daß der Bewerber bis in gezeichnete Verhältnisse befindet. Belebung erfolgt nach den Söhnen der Tafelgemeinschaft.

## Allg. Ortsstrassenkasse Dippoldiswalde.

Hermann Voigt, Vor.

## Stern-Lichtspiele

Mittwoch 1/9 Uhr

### Ein Abenteuerfilm

mit ganz wuchtigen Sensationen, fesselnden Handlungen, dauernd steigender Spannung ist das Werk

## Das Kabinett des Dr. Caligari

Kiemraubende Handlungen. Schaurliche Abenteuer.

## Harry wird Millionär

Das tollste Lustspiel, das je gezeigt wurde.

Um gütigen Zuspruch bittet Fedor Gilzer.

## 2 ostfrisiische Zuchtfäuber,

Schwarz- und Weiß-Scheden,

## 2 Bullenfäuber,

Ostfrischer Rasse, Schwarz- und Weiß-Scheden, verkauf

## König, Seifersdorf.

## Einige Führen Häufselstroh

tausend sofort

H. Krumpot, Buschmühle-Schmiedeberg.

## Eine Brieftasche

mit Inhalt ist Montag über Elend bis in die Stadt verloren gegangen. Bitte gegen gute Belohnung abzugeben Gemeindeamt Elend.

## Mark 90 000

auch in kleineren Beträgen an Deute jeden Standes vom Selbstgeber gegen 6% Zinsen und Ratenzahlung sofort auszuleihen. Ebenso Betriebskapital für Geschäfte durch Büßelberg & Linnemann, Dortmund, Gerberstr. 3—5. Antragen M. 2 befügen.

## Ein Schweineläuter,

ca. einen Zentner schwer, ist zu verkaufen. Zu erfahren in der Geschäftsstelle.

## Eine Zuchtfuh und ein Zuchteber

sind zu verkaufen in Reichstädt Nr. 37.

Junge Hunde, 2 hoch, trug. Ziegen, Brnt. Eier von Bronze-Puten und Gänse sowie einem Stamm Hühner gibt ab Elend Nr. 23.

Einen gut erhaltenen Schultaschen (Plüsch) für Mädchen verkauft Einhorn, Reit. „Hofschänke“.

Ein Polster schönes Stellmacher-Holz (Sche) ist zu verkaufen Reichstädt Nr. 36.

## Häcksel

empfiehlt R. Oppelt, Dippoldiswalde. Telefon 162

**Krautfleischen**  
bedeutet schnell die Buchdruckerei Carl Jähne in Dippoldiswalde

Bei unterzeichneter Rasse ist infolge Wegganges des bisherigen Inhabers die Stelle eines

## 2. Beamten

zum 1. Mai d. J. neu zu besetzen.

Bewerber wollen Nachfrage schriftlich bis 11. April an den unterzeichneten Postbeamten richten. Beizufügen sind ein vom Bewerber selbst gekürztes Lebenslauf, letztes Schulabschlußzeugnis, Bekleidungen über Leistungen und Führung in früheren Dienststellungen, ein ärztliches Gesundheitszeugnis, sowie die Sicherung, daß der Bewerber bis in gezeichnete Verhältnisse befindet. Belebung erfolgt nach den Söhnen der Tafelgemeinschaft.

## Allg. Ortsstrassenkasse Dippoldiswalde.

Hermann Voigt, Vor.

## Richard Müller

## Käthe Pretzsch

grüßen als Verlobte

Reichstädt, am 4. April 1921.

20 p. Geme

20 p. Geme